

Medienmitteilung

Bern, 3. Mai 2017

Sondersession: Verpflichtungskredit RPV

VöV und LITRA begrüßen den höheren Bundesbeitrag im Regionalverkehr

Nach dem Ständerat hat heute auch der Nationalrat die Vorlage zur Abgeltung von Leistungen im regionalen Personenverkehr (RPV) verabschiedet – inklusive der stärkeren Beteiligung des Bundes an den prognostizierten Mehrkosten. Somit haben beide Kammern des Parlaments gegen den Willen des Bundesrats den Vorschlag der öV-Branche und der Kantone übernommen, in dem der Verpflichtungskredit des Bundes um 144 Millionen auf 4104 Millionen erhöht wird.

Der Bundesrat hatte für die Jahre 2018-2021 einen Verpflichtungskredit von 3960 Millionen Franken für den RPV beantragt, inklusive 155 Millionen Franken, mit welchen sich der Bund an den geschätzten Mehrkosten gegenüber der Planung 2017 beteiligen will. Den verbleibenden Mehrbedarf an Abgeltungen von 727 Millionen sollen gemäss Bundesrat die Kantone und die Transportunternehmen tragen. Der VöV, die LITRA und die Kantone lehnten die zu tiefe Beteiligung des Bundes ab.

Ihr Vorschlag, die Mehrkosten zwischen Transportunternehmungen, Bund und Kantonen zu dritteln, ist nach dem erfreulichen Ja des Nationalrates definitiv beschlossen. Die Transportunternehmen und Kantone werden demnach je etwa 294 Millionen Franken tragen, während der Verpflichtungskredit des Bundes um 144 Millionen auf 4104 Millionen erhöht wird. Der VöV und die LITRA sind erfreut über diesen Entscheid zugunsten eines gut funktionierenden und flächendeckenden Regionalverkehrs.

[Für weitere Auskünfte](#)

Ueli Stüchelberger, Direktor VöV | 031 359 23 35 | 079 613 77 01

Roger Baumann, Kommunikation VöV | 031 359 23 15 | 079 270 10 00

René Böhlen, Geschäftsführer LITRA | 031 328 32 34 | 079 330 27 51